

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 P oder 20 Groszy

Bezugspreis monatlich 8.00 Gulden, wöchentlich 0.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 8.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 6te Seite 0.40 Gulden, Reklamezeile 2.00 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigenannahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3200

Nr. 90

Montag, den 19. April 1926

17. Jahrgang

Wichtiger Aufmarsch der Danziger Sozialdemokratie.

Glänzender Verlauf des Parteitages. — Allseitige Anerkennung der Verständigungspolitik.
Sozialdemokratische Forderungen an die Regierungskoalition.

E. L. „Die Bescheidenheit, die in dem Begrüßungsartikel der „Danziger Volksstimme“ zum Parteitag zum Ausdruck gekommen ist, erscheint mir völlig unangebracht. Mag Danzig auch noch so klein sein, so hat es doch eine weltgeschichtliche Aufgabe, und Sie, die Danziger Sozialdemokraten, können stolz darauf sein, daß Ihnen diese große Aufgabe zugefallen ist: Mittlerin zwischen den Kulturen zweier Völker zu sein und damit praktisch für den Weltfrieden zu wirken.“ Mit diesen Worten kennzeichnete Genosse Dr. Diamant in seiner Begrüßungsansprache auf dem Parteitag die Aufgabe der Danziger Sozialdemokratie. Und wir können heute mit Freude feststellen, daß der Parteitag sich dieser Aufgabe völlig einseitig bewußt gewesen ist. Der außenpolitische Kurs der Verständigung Danzigs mit Polen, den die Danziger Sozialdemokratie schon stets vertreten hat, den sie aber nun durch ihre Teilnahme an der Regierung aus dem Vorkriegsstand der bloßen Forderung in das Reich der Wirklichkeit gehoben hat, fand die einmütige Billigung des gesamten Parteitages, und mit Recht konnte Gen. Brill feststellen, daß uns hierin heute nicht nur die Klassenbewußte Arbeiterschaft unterstützt, sondern, daß darüber hinaus auch das werktätige Bürgertum, der Kaufmann und der Industrielle diese Außenpolitik der Sozialdemokratie völlig unterstützen, weil sie nach der Katastrophepolitik der Deutschnationalen erkannt haben, daß Danzig nur so vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt werden kann. Wir wußten, daß man auch außerhalb der Grenzen Danzigs an unserer Politik Anteil nimmt. Aber wir waren doch alle angenehm überrascht, als der auf vielen internationalen Tagungen herumgereiste Gen. Dr. Diamant uns Mitteilung machte, wie sowohl in den Kreisen des Völkerbundes als auch der Internationale, wie in Genf, in Brüssel und in London unsere Politik von den maßgebenden Männern in der Internationale und im Völkerbund gutgeheißen wird.

Wir haben es häufig betont, daß das Polen von heute uns nicht als der Idealstaat erscheint, für den im vorigen Jahrhundert die polnischen Freiheitskämpfer unter der begeisterten Hilfe der deutschen Demokratie gekämpft haben. Nationalismus und Militarismus beherrschen in verderblicher Weise den Staat und erschweren die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung. Die polnische Sozialdemokratie kämpft wohl tapfer gegen diese Mächte in ihrem Staat an. Möge ihr Kampf baldigst zu einem Erfolg führen, damit Polen vor dem Schicksal Deutschlands unter der Regierung Wilhelm II. bewahrt bleibt. Wir Danziger haben jedenfalls das allergrößte Interesse daran, daß Polen aus der nun schon seit Wiederaufrichtung seines selbständigen Staates während der Krise herauskommt, wirtschaftlich erstarke, und daß es ein Hort der Demokratie und der Völkerverständigung nicht nur in den schönen Reden seines Ministerpräsidenten, sondern auch in Wirklichkeit wird.

Der wichtigste Punkt der Parteitagsberatungen war die Aussprache über den Bericht der Volksstabsfraktion. Gen. Spill hatte in einem Referat noch ausführliche Ergänzungen gemacht zu dem schriftlich gegebenen Bericht, von dem wir bereits Sonnabend einen wesentlichen Teil veröffentlichten. Der Redner schilderte hier die Erfolge, die wir nicht nur in der Verteidigung gegen die Angriffe des Unternehmertums für die Danziger werktätige Bevölkerung erzielt haben, sondern die wir auch in positiver gesetzgeberischer Arbeit erreichen konnten. So sei das Lohnabzugsverfahren bei dem Einkommensteuergesetz ganz erheblich zugunsten der arbeitenden Klasse verbessert. Mit der Verwaltungsreform sei ein Anfang gemacht worden durch das Beamtenabbaugesetz und die 65-Jahre-Altersgrenze. Weiterhin sind 5 Prozent der Beamten abgebaut worden. Bei der Schupo ist es eine weit größere Zahl. Hier konnte in den letzten Tagen erreicht werden, daß auch eine Anzahl von Offiziersstellen im zukünftigen Etat gestrichen wurden. Auch wirtschaftlich habe die Partei in der Regierung mancherlei für die arbeitende Bevölkerung leisten können. Gen. Spill erinnerte daran, daß die Indexziffer seit dem Eintritt der Partei in die Regierung um 14 Punkte zurückgegangen ist. Mit welchen Schwierigkeiten dabei allerdings unsere Genossen im Volkstag und im Senat zu kämpfen haben, zeige der Sturmlauf gegen das Gesetz des Einheitsgewichts bei Backwaren. Die Tätigkeit unserer Senats- und Volksstabsfraktion zeigt aber auch, wie wichtig das Geschrei bestimmter Kreise ist, daß die Sozialdemokratie wirtschaftsfeindlich eingestellt sei. Gen. Spill nannte hier die folgenden Steuererhöhungen, die unter der jetzigen Regierung verabschiedet worden sind, und die unzweifelhaft eine Entlastung der Wirtschaft bedeuten:

1. Ermäßigung der Zigarettensteuer;
2. Beseitigung der Betriebsöffnungssteuer;
3. Beseitigung der Stempelsteuer;
4. Ermäßigung der Lohnsummensteuer um 50 Prozent;
5. Beseitigung der Devisensteuer;
6. Ermäßigung der Gewerbesteuer;
7. 50prozentiger Abbau der Wechselstempelsteuer;
8. Ermäßigung der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren.

In Aussicht genommen ist weiter die Beseitigung der Umsatzsteuer. Für diese hier angezeichneten Ausfälle an Steuern muß natürlich für Ersatz gesorgt werden, ansonsten, da in den Etat für Soziales für das Jahr 1926 6 Millionen Gulden mehr eingestellt werden mußten als im Jahre 1925. Die Regierung plant diesen Ausfall an Steuern durch Monopole wieder hereinzubringen. Es schweben die Verhandlungen über Schaffung eines Tabak- und Spiritusmonopols.

Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung ist die Regierung ebenfalls nicht untätig gewesen. Abgesehen von der Einrichtung der Notstandsarbeiten ist es gelungen, namhafte Aufträge für die hiesige Industrie durch Vermittlung der Regierung herbeizubringen.

Zum Schluß hob Gen. Spill noch die Schwierigkeiten hervor, unter denen natürlich die Sozialdemokratie in einer Koalitionsregierung, in der sie in der Minderheit ist, zu kämpfen hat.

Die Aussprache über den Bericht war außerordentlich eingehend und es war naturgemäß, daß eine Reihe von Rednern an mancherlei Vorkommnissen scharfe Kritik übte. Wenn dabei allerdings einzelne Redner der Fraktion ein zu weites Entgegenkommen gegenüber den anderen Koalitionsparteien vortarfen, so war diese Kritik nicht angebracht. Es ist klar, daß wir mit dem Zentrum zusammen nicht den 8/218 abschaffen konnten, wie wir ebensowenig als Regierungspartei gegen den Kirchenetat stimmen konnten, wie es einer dieser Kritiker verlangte. Verständlicher war dagegen die scharfe Kritik, die besonders von den Genossen auf dem Lande an der Einwohnerwehr geübt wurde. Die Einwohnerwehr, die eine Referendumsorganisation des Staates sein soll, ist in vielen Ortschaften heute nur eine Abart der nationalistischen Verbände, und es kommt sehr häufig vor, daß bei angeblichen Schießübungen der Einwohnerwehr die vaterländischen Verbände mit den Waffen der Einwohnerwehr Krieg spielen. Hier wird der Senat energisch durchgreifen müssen, damit dieser Unfug unterbunden wird. Lebhaftige Klagen wurden auch laut, daß die kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie unter der Koalitionsregierung nicht in genügendem Maße zur Durchführung kommen. Ein Redner erinnerte hier daran, daß z. B. die geforderte Grundschule von bestimmten besitzenden Kreisen noch immer sabotiert werde, und daß der Senat diese Sabotage nicht scharf genug hintertreibe. Den weitesten Spielraum in der Aussprache nahm die Frage der Verwaltungsreform ein. Hier gab es zwar verschiedene Auffassungen über die Zweckmäßigkeit mancher geplanten Maßnahmen. Danziger Genossen befürchteten durch eine allzu rasche Eingemeindung vertriehener finanziell außerordentlich schlecht dastehender Vororte eine schwere Belastung für Danzig. Andererseits wurde aber auch wieder darauf hingewiesen, daß hier ein Werk geschaffen werden muß, das sich völlig erst in der nächsten Generation segensreich entfalten wird. Darüber waren sich alle Genossen klar, daß natürlich die Lösung dieser Frage nicht an dem Widerstand und den Abfindungsforderungen einzelner Verwaltungskreise scheitern darf.

Die außerordentlich sachlich verlaufene Aussprache wurde durch die einstimmige Annahme folgender Entschließung beendet, mit der der Parteitag gleichzeitig der Fraktion die wichtigsten Arbeiten für die nächste Zeit zuwies:

Der Parteitag billigt die Haltung der Volksstabsfraktion, insbesondere die Maßnahmen, die zum Abbau der Verwaltung geführt haben.

Der Parteitag erwartet jedoch von der Regierungskoalition zunächst die Durchführung folgender Aufgaben:

1. Eine Verwaltungsreform der Polizei, Zoll- und Kreisverwaltung sowie der Verwaltungs-Gerichtbarkeit und des Bezirksausschusses.
2. Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Danzig durch Eingemeindung der Vororte.
3. Die Lösung des Wohnungsbauproblems, Beschaffung von Geld durch Aufnahme von Anleihen mit gleichzeitiger Reform des Wohnungsbaubaugesetzes.

Zwei polnische Sanierungspläne.

Der Finanzminister und die Sozialisten. — Die Regierungskoalition erschüttert.

In der Sonnabendabendung des polnischen Ministerrates, an der bereits der aus Wien zurückgekehrte Ministerpräsident und Außenminister Szymborski teilgenommen hat, hat der Finanzminister Szymborski sein endgültiges Finanzsanierungsprogramm vorgelegt. Es umfaßt fünf Punkte: 1. Gesetz über die Gewährleistung der für den Budgetausgleich notwendigen Maßnahmen. Durch dieses Gesetz sollen in die feitherigen Gesetze eine Reihe von Änderungen eingeführt werden, die einerseits die Ausgaben verringern und andererseits neue Einnahmequellen schaffen sollen. 2. Reduzierung der Eisenbahn- und Heeresausgaben. 3. Beseitigung jeder Inflationenmöglichkeit durch ein Gesetz, das den Geldumlauf in bezug auf Hart- und Kleingeldscheinenemissionen endgültig regelt. 4. Gesetz, das die Regierung berechtigt, die Beschlüsse der Behörden der Bank Polka abzulehnen bzw. aufzuheben. 5. Teilung der Budgetzeitperiode auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates in einen Zeitraum des Defizits, Januar bis einschließlich Juni 1926, und in den Zeitraum des ausgeglichenen Budgets, vom Juli 1926 bis zum 30. Juni 1927.

Die Details dieses Programms bestehen u. a. darin, daß die Gehälter der Staatsbeamten und Heeresangehörigen grundsätzlich in der Höhe der Dezembergehälter, d. h. ohne Abzug der 6 Prozent und mit dem Multiplikator 43, festgesetzt werden sollen. Jedoch sollen die feitherigen gekürzten Gehälter provisorisch bis zum 31. Dezember 1926 unter der Bedingung beibehalten werden, daß dem Ministerrat die Möglichkeit gegeben werden soll, die vollen Gehälter bereits früher mit dem Moment wiederherzustellen, wenn das volle Gleichgewicht des Budgets wieder erreicht sein wird.

Im Bereich der Einnahmeförderung stehen die Entwürfe betreffend Erhöhung der Eisenbahngütertarife, jedoch nicht auf die Haupttransportartikel, wie Kohle, Holz, Zucker und Getreide. Ferner Erhöhung der Spiritusmonopoleinnahme, die gestaffelte Erhöhung einiger Steuerleistungen usw.

Weiter enthält das Programm eine Bestimmung, daß im Verlaufe von 1½ Jahren die Einstellung neuer Beamten und

4. Schaffung eines Gesetzes betreffend die Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern, unter Anlehnung an das deutsche Betriebsrätegesetz.

5. Gewährung von Staatskrediten zur Beschaffung von Arbeit.

6. Durchführung der vierjährigen Grundschule.

7. Schärfste Durchführung des Verbots des Waffentragens bei den Märchen und Übungen der nationalistischen Verbände. Die Waffen der Einwohnerwehr sind in beschränkter Gewehrart zu nehmen.

Eine wichtige Arbeit leistete der Parteitag auch durch die Verabschiedung des neuen Organisationsstatuts. Hier hatte eine Kommission wertvolle Vorschläge geleistet, so daß der Parteitag den ihm vorgelegten Entwurf nach Abänderung eines Paragraphen, in welchem ursprünglich eine Beschränkung der Delegiertenzahl des Vereins Danzig-Stadt vorgelesen war, nach kurzer Aussprache verabschieden konnte. Eine andere notwendige Frage ist noch ungelöst. Das Parteiprogramm der Danziger Sozialdemokratie muß entsprechend der Entwicklung der letzten Zeit geändert werden. Hier wurde eine Kommission gewählt, die dem nächsten Parteitag einen Programmentwurf vorlegen soll.

Den Höhepunkt des Tages bildete zweifellos das sehr schürfende Referat des Gen. Wislowski über „Wirtschaftspolitik und Sozialdemokratie“. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte der Parteitag die weislichen Ausführungen, in denen er in so überzeugender Weise wieder einmal den Wahnsinn des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems nachwies. Für uns Danziger waren dabei von besonderem Interesse die Ausführungen, die er über die Wirtschaftskrise in Deutschland machte. Unser Danziger Unternehmertum schreibt bekanntlich unter der Führung von Herrn Nowiller nach einem Abbau der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung des Achtstundentages, Aufhebung der die Unternehmertätigkeit angeblich behindernden Demobilisationsbestimmungen. In Deutschland ist man hier in Forderungen des Unternehmertums schon vor zwei Jahren entgegengekommen. Man hat den Achtstundentag aufgehoben, die sozialen Gesetze abgebaut, die Zölle im vorigen Jahre erhöht, die Einfuhrzollbegünstigungen, die die ausländische Industrie durch den Versailler Vertrag in Deutschland zum Schaden der deutschen Industrie hatte, sind gefallen, aber eine Verbesserung ist nicht im geringsten eingetreten, sondern trotz der Erfüllung aller Unternehmerrforderungen hat sich die Krise mehr und mehr verschärft. Diese Erfahrung in Deutschland muß auch uns in Danzig immer wieder dazu anspornen, den Forderungen des Unternehmertums, die nach ihrer Meinung Danzigs Wirtschaft sanieren sollen, ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Darüber hinaus aber waren die Ausführungen des Genossen Wislowski allen ein erstrebtes Wahne, mit Eifer an der Vertiefung unseres Wissens zu arbeiten, damit wir den Kampf für den Sozialismus um so erfolgreicher führen können.

In seinem Schlusswort konnte Gen. Brill mit Recht den erfreulichen Verlauf unserer diesjährigen Parteitagsarbeiten feststellen. Möge sein Appell, daß wir nun alle Kräfte für den Ausbau unserer Organisation einsetzen möchten, überall voll befolgt werden, damit wir den großen Aufgaben der nächsten Zeit im Interesse der werktätigen Bevölkerung Danzigs gerecht werden können.

Angestellten bei den Verwaltungsbehörden sowohl als auch in den Staatsbetrieben verboten werden soll. Zuwiderhandlungen sollen die persönliche finanzielle Verantwortung der zu behandelnden Referentbeamten zur Folge haben. Von großer Bedeutung ist auch der Absatz im neuen Programm, wo die abzuschaffende (je 50 Millionen jährlich) Einziehung des umfangreichen Hart- und Kleingeldes der Regierung vorgelesen wird.

Demgegenüber steht das vom Vorsitzenden der sozialistischen Sejmfraktion dem Sejm vorgelegte Sanierungsprogramm. In der Einleitung zu diesem Programm wird darauf hingewiesen, daß die Erreichung eines Budgetausgleiches durch Kürzung der Beamtengehälter weder gerecht noch überhaupt möglich sei. Das Budgetgleichgewicht könne dagegen durch die Steigerung folgender Einnahmequellen erreicht werden: der Bodensteuer und der Einkommensteuer um je 5 Millionen, der Monopoleinnahmen um 50 Millionen, der Eisenbahnen um 15 Millionen, der Vermögenssteuer um 65 Millionen Floty usw., was zusammen dem Staate eine Mehreinnahme von 208 Millionen Floty jährlich geben werde. Gleichzeitig müsse man die Ausgaben des Staates durch Herabsetzung der Heeresstärke und Kürzung der Dienstzeit wie auch durch den Abbau des zu großen Verwaltungsapparates bedeutend verringern.

Der sozialistische Plan ist aber sonst viel weitgehender. Es wird in ihm darauf hingewiesen, daß das Budgetgleichgewicht nur einen Teil der Sanierungsaufgaben bildet. Darüber hinaus müsse aber gleichzeitig verschiedenes unternommen werden, um die Privatwirtschaft in Schwung zu bringen. Hierfür müssen in den nächsten sechs Monaten je 25 Millionen Floty der Bautätigkeit zugeführt werden. Für Landwirtschaft und Industrie müsse ein Betrag von 150 Millionen Floty zur Gewährung kurzfristiger Kredite bereitgestellt werden und verglichen. Die Mittel hierzu könne man, auch dem sozialistischen Plan, durch eine entsprechende Neuemission von Staatsbanknoten durch die Bank Polka beschaffen. Die polnische

Der Verlauf des Parteitagcs.

Sonnabend nachmittags um 3 Uhr trat der Parteiaussschuß der P. D. zu einer Sitzung zusammen, um die Tagesordnung des Parteitagcs vorzubereiten. Etwa drei Stunden nahmen die Verhandlungen in Anspruch.

Gegen 6 Uhr abends versammelten sich alsdann die Ehrengäste, Delegierten und Zuhörer im Plenarsaal des Volkstages, der durch die Banner der sozialdemokratischen Ortsvereine und rote Dravierung der Bedeutung des Tages entsprechend geschmückt war.

An Ehrengästen waren erschienen: Reichsminister a. D. Gen. Rudolf Wiffel im Auftrage der deutschen Sozialdemokratie, Gen. Dr. Diamand als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie und als Delegierte der deutschen Sozialdemokratie in Polen Jerzy Poda, Kowel und Buchwald-Kattowik.

Von dem Recht der Delegation war von den Ortsvereinen erfreulicherweise reger Gebrauch gemacht worden; ein Beweis dafür, daß in den sozialdemokratischen Vereinen reges Leben pulst. Es waren insgesamt Delegierte vertreten.

Auf der Zuschauertribüne des Volkstages hatte der „Freie Volksthor“ Aufstellung genommen, der unter seinem bewährten Dirigenten Gwert mit zwei eindrucksvoll vorgetragenen Liedern die Eröffnung des Parteitagcs einleitete. Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, klang es mächtig und aufrüttelnd durch den vollbesetzten Saal.

Im Auftrage des Landesvorstandes erklärte sodann Gen. Brill den Parteitag für eröffnet und

hieß Ehrengäste und Delegierte herzlich willkommen.

Anschließend ließ Redner die Ereignisse des letzten Jahres Revue passieren. Er wies auf die schwere Wirtschaftskrise und gewaltige Zahl der Arbeitslosen hin, kritisierte das System der Zoll- und Paktstrafen, wodurch die Wiederkehr geordneter Verhältnisse erschwert wird, und wies den Weg, der aus dem europäischen Wirtschaftselend herausführt. Nur nach Überwindung der nationalistischen Kräfte könne eine Besserung erwartet werden. Die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa sei ein unabweisbares Erfordernis. Allen Widerständen zum Trotz werde sich der Gedanke der Völkerverbrüderung durchsetzen. Er habe auch bereits in Danzig an Boden gewonnen.

Obwohl durch ihre Weltanschauung von den anderen Koalitionsparteien getrennt, sei die Sozialdemokratie in die Regierung eingetreten, und zwar im Interesse der Arbeiterschaft. Unverkennbar ist, daß der Kapitalismus in den letzten Jahren an Kraft gewonnen hat, während die Position der Arbeiterschaft eine Abschwächung erfuhr. Aber sobald die Wirtschaft sich erholt, werden auch die Arbeiterorganisationen wieder an Kraft gewinnen. Notwendig sei, die Kollaboration, die durch die Mäße der Nachkriegszeit eine veränderte Stellung in der Gesellschaft erhalten haben, für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Der einheitliche, geschlossene Kampf aller Arbeitnehmer sei ein zwingendes Erfordernis, schon deshalb, weil das Unternehmertum sich immer strenger organisiert. Nächst ist der Kampf um die Erwerbssituationen zu gewinnen, der angeblich über den Parteien stehen soll, in Wirklichkeit aber Scharfmacherepolitik betreibt und im Freistaat die Diktatur des Kapitalismus aufrichten will. Redner schloß mit einem Appell an die Solidarität aller Arbeiter und der Mahnung, die Organisationen der Arbeiterschaft zu stärken, um dem Ansturm des geeinigten Unternehmertums mit Erfolg entgegenzutreten zu können.

Reichsminister a. D. Wiffel

Überbrachte die herzlichsten Grüße des deutschen Parteivorstandes und darüber hinaus der deutschen Sozialdemokratie. Darüber sei kein Zweifel, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihre Krise überwunden hat und nun innerlich gestärkt und gefestigt dasteht. Auch die Gewerkschaften haben ihre alte Kraft und Stärke wiedergewonnen. Als ein Symptom für die Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung müsse auch das erfreuliche Ergebnis der Eintragungen anlässlich des Volksbegehrens bewertet werden. Redner gab zum Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß es der Sozialdemokratie bald gelinge, nicht nur in Danzig, Deutschland und Polen ihre Ideale zu verwirklichen, sondern in der ganzen Welt. Er schloß mit einem Glückwunsch zu erster und erfolgreicher Arbeit. (Beifall.)



Genosse Dr. Diamand, Warschau

Gen. Dr. Diamand

führte aus, daß er die ehrenvolle Aufgabe habe, die Grüße der polnischen Sozialdemokratischen Partei zu überbringen und zeigt dann in interessanter Weise die Bedeutung der sozialistischen Arbeit im internationalen Völkerverbrüden. Die internationale Ausdehnung in der Weisheit hat im Ausland einen tiefen Eindruck gemacht. Sie sei von historischer Bedeutung gewesen und habe insbesondere in London und Brüssel große Beachtung gefunden. In der ganzen Kulturwelt hat man die Verständigungsarbeit der Danziger Sozialdemokratie begrüßt. Nicht nur er (Redner), sondern die gesamte polnische Sozialdemokratie, seien Freunde Danzigs.

Die letzten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen hätten gezeigt, daß auch in diesen Ländern der Wille zur Verständigung gewachsen sei. Daß sich Deutschland und

Polen wirtschaftlich näher kommen, sei von großer Bedeutung. Auf weltpolitische Fragen eingehend, führte Redner aus, daß zwei große Bewegungen aus zu zermalmen drohen: der

Vollkiewismus und der Faschismus.

Beide versuchen, dem Proletariat die gesprengten Fesseln wieder um die Hände zu legen. Lenin und Mussolini lassen sich von dem gleichen Gedanken leiten: das Volk ist nicht in der Lage, sich selbst zu regieren, sondern muß durch Diktatur beherrscht werden. Die Sozialisten lehnen diese Methoden ab, sie wollen freie Menschen sein. Der Drang zur Freiheit hat die Menschen vorwärts gebracht; diese Grundlagen menschlichen Glücks werden wir uns nicht



Genosse Rudolf Wiffel, Berlin, Reichsminister a. D.

rauben lassen. Deshalb müssen auch die Bestrebungen nach einer Militärdiktatur, die in einigen Ländern sich bemerkbar machen, entschieden bekämpft werden.

Zum Schluß betonte Redner, daß Danzig und Polen gemeinsam wachsen oder zusammen untergehen. Er glaube, daß beide zusammen wachsen. Sein Ruf: Es lebe die Sozialdemokratie Danzigs, es lebe die internationale Sozialdemokratie! fand in der Versammlung lebhaften Widerhall.

Gen. Kowel-Kattowik

überbrachte die herzlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokraten in Polen. Wenn auch durch den Gewaltfrieden neue Grenzen gezogen wurden, so sei die

Kulturgemeinschaft doch unzertrennbar.

Jahrelang hätten deutsche Sozialdemokraten in Polen mit den Genossen im Reich die Schulter an Schulter gekämpft, deshalb sei es verständlich, daß man sich auch heute noch innerlich verbunden fühle. Um die Erhaltung der deutschen Kultur in Polen zu erreichen, arbeiten deutsche und polnische Sozialisten Hand in Hand. Erfreulicherweise sei es gelungen, die früheren vier Organisationen der Sozialdemokraten in Polen zu einer Organisation zu vereinen. Das Schlüsselwort des Redners klang in ein begeistertes Bekenntnis zum Sozialismus aus.

Gen. Brill dankte für die Worte der Begrüßung und betonte, daß die Danziger Sozialdemokratie sich stets als ein Glied der internationalen Sozialdemokratie betrachte.

Im Rahmen der eigentlichen Tagesordnung gab alsdann der Gen. Ma u den

Tätigkeitsbericht der Parteileitung.

Redner streifte zunächst kurz die Regierungsbildung und wandte sich dann dem

Erwerbslosenproblem

zu. Die Partei habe dieser Frage die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Die Zahl der Erwerbslosen stieg in den Wintermonaten bis auf über 22000 an und ist gegenwärtig durch verschiedene Maßnahmen des Senats, die auf uniere Veranlassung ergriffen wurden, im Abnehmen. Einen schweren, aber erfolgreichen Kampf hat die Sozialdemokratie gegen die von den Kreis- und Gemeindeverwaltungen verübte Sabotage des Erwerbslosenfürsorgegesetzes durchgeführt. Es gelang durch Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen, bestimmte Richtlinien über die Anwendung des Gesetzes zu vereinbaren. Ferner war das Parteifreiarbeiter in der Lage, in hundert Fällen durch schriftliche oder mündliche Beschwerden den Erwerbslosen zu helfen. Diese mit vieler Mühe durchgeführte praktische Kleinarbeit hat der Partei nicht nur Mitglieder oder Anhänger zugeführt, sondern auch das Vertrauen der Mehrzahl der Erwerbslosen gestärkt. Der Einfluß der Kommunisten wurde stark zurückgedrängt.

Auf die

Gemeindewahlen

eingehend, zeigte Redner den Anteil der Sozialdemokratie an dem Gesamtergebnis.

Im Kreise Danziger Höhe waren von der Partei in 29 von 72 Gemeinden Wahlvorschläge eingereicht. Von den 19043 Stimmen, die in den 72 Gemeinden abgegeben wurden, erhielten wir 3080 Stimmen, gleich 17 Prozent der abgegebenen Stimmen. Gewählt wurden 85 sozialdemokratische Gemeindevertreter. In fünf Gemeinden erzielten wir die Mehrheit.

Im Kreise Danziger Niederung waren von der Partei in 41 von 63 Gemeinden Wahlvorschläge eingereicht. Von den 9978 Stimmen, die in den 63 Gemeinden abgegeben wurden, erhielten wir 3906 Stimmen, gleich 40 Prozent der abgegebenen Stimmen. In 18 Gemeinden erzielten wir die Mehrheit. Gewählt wurden 184 sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Im Kreise Großes Werder waren von der Partei in 52 von 97 Gemeinden Wahlvorschläge eingereicht. Von den 11650 Stimmen, die in 97 Gemeinden abgegeben wurden, erhielten wir 4189 Stimmen, gleich 38 Prozent der abgegebenen Stimmen. Gewählt wurden 203 sozialdemokratische Gemeindevertreter. In 20 Gemeinden erzielten wir die Mehrheit. Auch in diesem Kreise muß trotz der erzielten Erfolge der Einfluß der Partei auf alle Gemeinden vorbereitet werden. Mit den Stadterordneten der Städte Danzig, Zoppot, Neuteich und Liegnitz zusammen ist die Partei durch 504 Vertreter in den Gemeinden des Freistaates vertreten. Die politische Schulung unserer Gemeindever-

treter ist in Kreisconferenzen, die sich mit sozialen, wirtschaftlichen und Gemeindefragen befassen, wesentlich gefördert worden.

Die internationalen Beziehungen

unserer Partei haben durch die politische Umgestaltung im Freistaat einen Ausbau erfahren. Mit Hilfe des Internationalen Büros gelang es, die Beziehungen bis nach Genf auszuweiten. Delegierte der Partei haben mehrmals mit den Genossen der P. D. in Warschau über wichtige politische und wirtschaftliche Fragen Verhandlungen gepflogen. Auf dem Parteitag der P. D. in Warschau war die Partei durch einen Delegierten vertreten.

Die Mitgliederbewegung

litt naturgemäß unter der ungeheuren Arbeitslosigkeit, immerhin gelang es, den Mitgliederbestand zu halten. Im Berichtsjahre wurden 829 Mitglieder neu aufgenommen. Durch Tod, Fortzug oder Austritt schieden 812 Mitglieder aus der Partei aus, so daß ein Gewinn von 17 Mitgliedern am Schluß des Jahres zu verzeichnen war. Insgesamt zählte die Sozialdemokratische Partei des Freistaates Ende 1925 2726 männliche und 701 weibliche Mitglieder; insgesamt waren 3427 Mitglieder in 63 Ortsvereinen vorhanden. Bemerkenswert ist, daß über die Hälfte der Parteimitglieder in Landgemeinden wohnt.

Der Kasienbericht.

für das Jahr 1925 zeigt eine Gesamteinnahme von rund 33000 Gulden, davon sind 13700 Gulden Bestand aus dem Vorjahre und 17647 Gulden Beiträge.

Dem Bericht des Zentralbildungsausschusses

ist zu entnehmen, daß einer seiner Hauptaufgaben die Zusammenfassung der Arbeiter-Kulturorganisationen in einen Kulturausschuß war, der vom 14. bis 21. Juni 1925 unter Mitwirkung des Arbeiter-Sport- und Kulturfachbundes, des Allgemeinen freien Gewerkschaftsbundes und der Arbeiter-Sänger eine Arbeiter-Sport- und Kulturwoche veranstaltete, die für die arbeitende Bevölkerung Danzigs eines der größten Ereignisse war. Die Sonnwendfeier, die in den Rahmen der Kulturwoche fiel, war von ca. 15000 Menschen besucht. Der Abschluß brachte ein großes Gewerkschafts- und Sportfest.

Die Sozialistische Arbeiterjugend

hat im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Sie zählt jetzt 10 Ortsgruppen, gegen 7 am Jahresanfang. Insgesamt fanden 673 Veranstaltungen statt, an denen sich 9447 Burischen und 8681 Mädchen beteiligten.

Die Frauenkommission

berichtet: Im vergangenen Jahre wurden 20 Frauenkommissionssitzungen und 17 Frauenversammlungen abgehalten. Wie im Vorjahre, so wurde auch im vergangenen Herbst eine Frauenkonferenz einberufen, an der Vertreterinnen der Kreise Danziger Höhe und Niederung und der Stadt Danzig teilnahmen. Sozialistische Frauenabende wurden insgesamt sechs veranstaltet.

Die Arbeiterwohlfahrt

hat seit ihrer Gründung verabsolgt: Lebensmittelpakete an 244 Familien, aus den Beständen der Kleiderammlung an 98 Familien, Geldbeträge an 6 Familien. Außerdem wurden Kinder und alte Leute in großer Zahl bewirtet.

Der Sozialistische Kinderbund

wurde im September 1925 vom Ortsverein Danzig gegründet. Es bestehen jetzt drei Kindergruppen, und zwar in Danzig, Schildlich und Dhra. Da es nicht möglich ist, Räume, die wirklich als Kinderheime zu benutzen, zu schaffen, wird die Arbeit sehr erschwert. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt 215 Kinder. In Danzig wurden die Veranstaltungen durchschnittlich von 65 Kindern besucht. In Schildlich von 55 und in Dhra von 70 Kindern. Der Sozialistische Kinderbund stellt sich die Aufgabe, die Kinder des erwerbstätigen Volkes im Sinne der sozialistischen Weltanschauung zu erziehen. Unter Überwindung der veralteten Erziehungsmethoden soll in der heranwachsenden Jugend der Wille zum Gemeinschaftsleben geweckt und gefördert werden. Der Zusammenhalt in der Gemeinschaft soll den Kindern auch ihren Anteil an allen Kulturgütern, an Freude und Schönheit vermitteln.



Genosse Kowall, Kattowik

Auf die zur Beschlußfassung stehenden Anträge eingehend, erklärte Genosse Ma u, daß der Landesvorstand die Errichtung einer Selbstschuborganisation

„Freistaatsflagge“

ablehne. Die Sozialistische Arbeiterjugend und die Arbeiter-Sportvereine böten genügend Möglichkeiten, die Jugend zu erfassen. Auch zur Sicherung der Versammlungsfreiheit sei eine solche Organisation nicht von Nutzen, da für Saalbuch gefordert sei. Redner schloß mit dem Dank an alle Vertrauensmänner und Mitarbeiter für die geleistete Arbeit.

In der kurzen Aussprache über den Bericht des Landesvorstandes spielt lediglich die Schaffung des „Freistaatsbanners“ eine Rolle. Gen. Sierke lehnte eine solche Organisation entschieden ab, während Gen. Wiehler sich dafür einsetzte und dabei auf die demokratischen Selbstschuborganisationen in den Nachbarländern verwies. Der Parteitag lehnte die Schaffung einer Selbstschuborganisation ab, nur 2 Delegierte waren anderer Ansicht.

Der Antrag des Ortsvereins Danzig auf

Schaffung eines Parteiprogramms

wurde angenommen und zugleich ein Programmkommission gewählt. Sie besteht aus den Genossen Kr.

Ueber den Stand der

Presse

Berichtete Gen. Kooken, der mitteilen konnte, daß trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit das Unternehmen sich

Ueber die Aenderung des Organisationsstatuts

referierte Gen. Blumh. Wegen die Mehrzahl der von der Statutenberatungskommission gemachten Vor schläge wurde

Der Parteitag erledigte alsdann eine Reihe von

Wahlen.

Als Vorstand wurden gewählt: Gen. Brill, 1. Vorsitzender; Gen. Warner, 2. Vorsitzender; Gen. Mau,

Die Pressekommission besteht aus den Gen. Behrendt,

In den Zentralbildungsansuchen wurden gewählt: die Gen. Krus, Ewert, Krauß, Maslow,

Der Parteitag verlegte sich alsdann auf Sonntagmorgen.

Die Sonntagstagung.

Am Sonntag 10 Uhr trat der Parteitag erneut zusammen, worauf Gen. Spill den Bericht der Volks-

In der Diskussion nahm als erster Redner Gen. Wiehler das Wort. Er erklärte, daß er bereits von Anfang an gegen den

Gen. Sierle brachte ebenfalls seine Meinung dahin zum Ausdruck, daß die Beteiligung an der Regierung für die Partei

in der Frage des Schankstättengesetzes

halb etwas tue. Besonders bedauerlich sei die Zielungsnahme der sozialdemokratischen Fraktion zum § 218 gewesen. Auch der

Der nächste Redner Gen. Lehmann beschränkte sich in der Hauptsache auf kulturellen Fragen. Es müsse unbedingt daran

die vierjährige Grundschule

eingeführt habe, seien in Danzig die Verhältnisse bisher ungeklärt. Empfindend sei es zu hören, daß heute 60 bis 70 Prozent

Gen. Kaiser behauptete, daß die Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß-Danzig noch nicht genügend Fortschritte gemacht

Gen. Arczynski betonte, daß man die Tätigkeit der Fraktion nicht nach dem Parteiprogramm, sondern nach dem Programm,

Ueber den Arbeiterbewegung

Gen. Eduard Schmidt war der Meinung, daß der sozialdemokratische Einfluß in der Regierung nicht hoch genug sei.

Gen. Behrendt erklärte, daß die Ansicht, der Jahresbericht der Danziger Sparkasse sei maßlos gehalten, auf keinen Fall

Gen. Losch entgegnete, daß die Eingemeindungsfrage nicht noch langwierigen Sperrpunkten behandelt werden könne.

Der Parteitag

Gen. Losch entgegnete, daß die Eingemeindungsfrage nicht noch langwierigen Sperrpunkten behandelt werden könne.

Der heutige Zustand sei weiterhin unhaltbar. Wenn der Senat nicht bald die Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Danzig durch-

Gen. Studowski forderte mehr Interesse für das platte Land. Besonders schwierig sei hier die Lösung der Saisonarbeiter-

Gen. Gebauer begrüßte die Aenderung im außenpolitischen Kurs, die ein Verdienst der neuen Regierung sei. Die Verständigung

jedlichen sozialen Abbau verhindert

Gen. Brill bedauerte, daß der Senatsvizepräsident, Gen. Gehl, durch Krankheit verhindert sei, aber die Arbeit im Senat

Gen. Schadowski schilderte einen Fall, der sich in der Gemeinde Piessau zugegetragen habe. Ein dortiger katholischer Lehrer,

Ginschränkung des deutschen nationalen Einflusses in der Verwaltung.

Gen. Schadowski schilderte einen Fall, der sich in der Gemeinde Piessau zugegetragen habe. Ein dortiger katholischer Lehrer,

Die Rednerliste war hiermit erschöpft. Zum Schlusswort erschien

Genosse Spill

auf der Rednertribüne. Der heutige Parteitag sei von ungleich größerer Wichtigkeit als die bisher abgehaltenen. Es sei ein großer

Besonders glücklich sei die außenpolitische Entwicklung. Vor allem komme das die Wirtschaft zugute. Wenn man die Frage

von dem Koalitionsprogramm nichts preisgegeben

habe. Es wäre nicht zu verantworten, wolle man jetzt aus der Regierung gehen, wenn nicht die Durchführung des Koalitions-

Besondere Erfolge habe man auf dem Gebiet der Umorganisation der Polizei zu verzeichnen. Es sei in der Öffentlichkeit

heute schon eine Einheitspolizei

gehe, wie allein dem Polizeipräsidenten unterstehe. Ein Abbau der Schutzpolizei sei ebenfalls schon vorgenommen. Unter diesen

Bezüglich des Wohnungsbauproblems sei eine Aenderung des Wohnungsgesetzes notwendig. Man werde in dieser Frage um

In der Abstimmung wurde der Antrag des Gen. Lehmann, in die Entschließung zum Bericht der Volksfraktion einen Punkt

Kommune gab die Mandatsprüfungskommission durch den Gen. Leonhardt Bericht von der vollzogenen Prüfung. Von 66 Orts-

Nach Wiedereröffnung des vertagten Parteitages, um 21 Uhr, teilte der Vorsitzende, Gen. Brill, mit, daß ein Be-

Adolf Wiffel,

Berlin, zu keinem Thema „Wirtschaftskrise und Sozialdemokratie“. Aufmerksam und gespannt

Genossinnen und Genossen! Um die Ursachen der Wirtschaftskrise zu verstehen, muß ich weit ausholen. Die letzten

Die Kräfte, die

erzogen, wozu zwar schon vor dem Kriege am Werk, sie äußern sich jetzt aber in anderer Richtung und Stärke. Sie

Gebiet früher mit ihrer Industrie nicht nur ihre eigene Bevölkerung, sondern auch den Bedarf der Welt versorgt hatten,

zur Schaffung neuer Industrien,

jedoch konnte dieser Umstand das Verlorene nicht wettmachen. Nach Beendigung des Krieges war Europas Industrie

Die gleiche Entwicklung erlebten wir in allen anderen Ueberseeländern. Es gibt kaum einen Staat, der Europa

Die Kapitalbildung in Amerika umfasst nicht weniger als

der effektive Goldbestand 18 Milliarden, gegenüber 7 Milliarden in Europa. Amerika ist das Land der Kapitalbesitzung

Wie in den Vereinigten Staaten, so zeitigt die Produktion des südamerikanischen Festlandes, Ostasiens, Kanadas,

Das die Monopolstellung Europas einmal ein Ende nehmen würde, war ernsthaften Wirtschaftskennern schon vor dem

Umorientierung der englischen Wirtschaft

die konsequente Hochdruckpolitik eingeschlagen hat. So haben wir das Ergebnis, daß der Anteil der europäischen

Kein Wunder daß bei dem Wirtschaftsuntergang Europa sich nunmehr in einer schweren chronischen Krise befindet.

die Zahl der Erwerbslosen alle bisher dagewesenen Begriffe. Ueber 2 Millionen Erwerbslose und mindestens 2 1/2 Millionen

So ist nun die Ursache dieser katastrophalen Entwicklung zu suchen? Vor allem in den direkten und mittelbaren Folgen

gegen den Wiederaufbau der Wirtschaft gemocht.

Planlos baute man darauf los, suchte nach Ausreden, um seine eigene Unfähigkeit zu verbergen, verlangte Befreiung

unmöglich konkurrieren

könne. Sie sahen, daß Ford 8 große Autofabriken zusammengekauft hatte, von denen beispielsweise eine Fabrik

Walter & Fleck A.G.

Damen- und Herren-
Bekleidung
eigene Anfertigung
zu mäßigen Preisen



Kaiser's Spezial-Mischung

enthaltend garantiert
20% Bohnenkaffee
ist der billigste u. kaffee-
ähnlichste Ersatz für
Bohnenkaffee



A.E.G. „VAMPYR“

Unübertroffener Staubsauger

Empfehle zu soliden Preisen in Ia Qualität
täglich frisch
Milch, Sahne, Butter



sowie meine reichhaltigen
Feinkäse-Spezialitäten „Badejunge“

Milch-Vertrieb Zoppot

Inh. E. Völzing
Engros- u. Detail Verkauf: Danzig, Schmiedegasse 5
Zoppot, Badestraße 4
Telephon 376 Telephon 6037

Unterstützen Sie nur
Danziger Industrie
Danziger Arbeit!

Chem. Reinigung und Färberei Kraatz

Tel. 573 Ohra-Danzig Tel. 573

Eigene Läden:

Danzig: Junkergasse, Ecke Breitgasse
Matzkausche Gasse 6
Elisabethkirchengasse (neben UT)
III. Damm 6
Langgarten 1, Ecke Mattenboden
Langfuhr: Hauptstraße 118
Oliva: Schloßgarten 23
Zoppot: Seestraße 42
ferner Marienburg, Dirschau, Starogard

In modernst eingerichteten Betrieb
von bewährten Fachleuten nur erstklassige
Arbeit in kürzester Lieferzeit

Modernste Teppich-
Plissees Reinigung

Ferberhaus Zigaretten sind besser

Billiger,
einfacher in der Verwendung,
dabei ebenso gut wie
Vanille ist

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker.



Ein Päckchen für 7 Pfg. entspricht 2-3 Stangen guter Vanille.



Max Fleischer

Nachflg.
JNH: A. WIEMERS' ERBEN
Danzig, Große Wollwebergasse 9/10

Das Haus der guten Qualitäten
Größtes Spezialhaus
für
Damen-, Backfisch- und Kinder-Konfektion

Schmidthals

Fleisch- u. Wurstfabrikate
in bester Qualität stets frisch
in den eigenen Verkaufsstellen

Heilige-Geist-Gasse 119
Pfefferstadt 38
Melzergasse 16
IV. Damm 8
Langfuhr, Hauptstraße 9
Zoppot, Seestraße 39-41

Likörfabrik Kurt Kessler

Zoppot, Pommersche Straße 36, Tel. 92
Ia Weine und Liköre

Kasino-Weinhandlung

Danzig, Melzergasse 7-8, Tel. 2027
Weine vom Faß — Flaschenweine

Sämtliche Ober- und Unterleder

sowie Schuhmacher- und Sattlerartikel

Ankauf von rohen Fellen

FRANZ BOSS

Danzig, Holzmarkt 5 Langfuhr, Hauptstr. 124
Tel. 1604 Tel. 41894

Halbke-Mostrich

Danziger Essigsprit- und Mostrich-Fabrik

R. HAFFKE & CO.
Gr. Schwalbengasse 34, Tel. 783

Anerkannt unübertroffene Qualitäten

Halbke-Mostrich

Frisc — rein bekömmlich

ist das Kakaopulver

Marke



Ohne Chemikalienzusatz hergestellt

Germania-Brotfabrik

der Danziger Bäckermeister A.-G.

Feinbrot
Schlütterbrot
Kommibrot



C. W. Köhne G. m. b. H., Exig., Mostrich- u. Konservenfabrik



Deutsche Einkaufs- Gesellschaft f. Beamte u. Angestellte G. m. b. H.

Böttchergasse 23-27
im weit. Pietznerstadt

1/2 Anzahlung, Rest h. 6 Monate

Damen- und Herren-
Garderoben

Trinkt
Biere
der
Danziger Aktien-Bierbrauerei

Trink aufs neu Hansabräu

Brauerei
Richard Fischer
Neufahrwasser

Klingeltransformatoren

Ohne jede Bedienung
Fast ohne Stromverbrauch

SIEMENS G. m. b. H.

Erstes Danziger Fahrradhaus

Röhl & Heidenreich
Breitgasse 56

empfiehlt nur erstkl. deutsche Marken-
räder / Größte Auswahl, billigste Preise!
Reparaturen sachgemäß, schnell und billig

Gosda Schnupftabak

Garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich

Fabrik: JULIUS GOSDA
Häkergasse 5

Hansa-Likörfabrik Sebastian & Sokolowski

Danzig: Halbe Allee, Ziegestraße 10, Tel. 1295

Spirituosen-Großhandlung

Spezialität:
Hansa-Benedik Alt-Danziger Petzschker
Hansa-Chartrone Cuvée
Pani-Benedik Cuvée
Cuvée-Brandy

M. Forell & Co.

Danzig, Heilige-Geist-Gasse 14-16
Telephon 3270, 3570

Paris, 11 Rue des Petites-Ecuries

Großhandlung
für Kurzwaren, Besatzartikel
Trikotagen u. Strumpfwaren

Günstigste und bequemste Einkaufsge-
legenheit für den Freistaat und Polen.
Lagerbesuch stets lohnend, täglich Ein-
gang von Neuheiten